



NEWSLETTER, Mai 2022

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- LNG (verflüssigtes Erdgas) – moralisch furchtbar und grausam
- Geplante Erdölförderung im Wattenmeer
- Geplante CO2-Endlager in der Nordsee
- Jahreshauptversammlung
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

LNG (verflüssigtes Erdgas) – moralisch furchtbar und grausam

Wie der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, gerade öffentlich erklärte, ist das Leerkaufen des internationalen LNG-Marktes durch Deutschland "moralisch furchtbar" und "grausam", aber bevor es in Deutschland eine Notlage gibt, bezahlen wir mehr als Drittländer - Germany First!

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Schnappen-wir-dem-globalen-Sueden-wichtige-Gueter-weg.audio1130014.html>

Deutschland wird mit neuen LNG-Terminals die Schwellen und Entwicklungsländer in eine noch tiefere Armut stürzen und Hunger und politische Instabilität sähen. Das ist eine besonders perfide Form des Neokolonialismus, bei der die Mächtigen (bzw. reichen Staaten) ihren eigenen Wohlstand zu Lasten der Armen, der Umwelt und des Klimas zu sichern versuchen.

Aber auch in Deutschland wird der Bau von LNG-Terminals mit Vertragslaufzeiten über 20 Jahre und mehr für den Bezug zu dauerhaft erhöhten Energiekosten und damit zu einem Anstieg der Armut führen. Wir sehen gerade in Spanien, wie die hohen Kosten für Gasimporte die günstige Energieversorgung durch EE zunichtemachen. Die Bundesregierung und die Landesregierung von SH sollten sich gegen

LNG und für Energieeinsparung und den Ausbau der EE einsetzen. Die steigenden Gaspreise könnten in Europa 250 Mrd. Euro mehr kosten, als bisher von der EU veranschlagt.

<https://ember-climate.org/insights/research/the-eus-e250-billion-gas-gamble/>

Es gibt eine weitere Studie von einer Beraterfirma der Industrie zum aktuellen Bedarf an neuen LNG-Terminals in Europa <https://www.artelys.com/wp-content/uploads/2022/05/Artelys-Russian-gas-phase-out-Briefing-note.pdf>. Demnach gibt es lediglich im Bereich von Finnland/dem Baltikum Bedarf an einem neuen LNG-Terminal, jedoch nicht in Deutschland.

Es gibt auch keine Antwort auf die Frage an die Bundesregierung zum Gasbedarf der chemischen Industrie:

Die Bundesregierung hat keine Daten. Alle derzeitigen Aktionen erfolgen ohne Datenbasis:

<https://fragdenstaat.de/anfrage/energieverbrauch-der-deutschen-petrochemischen-industrie-1/>

Das Energiewendeministerium in Schleswig-Holstein hat ebenfalls keine Daten zum LNG-Bedarf für Deutschland, der nicht über andere bereits bestehende LNG-Terminals in unseren Nachbarländern gedeckt werden kann. Es gibt keine „Notwendigkeit“ für neue fossile Infrastruktur, lediglich explodierende Kosten, Abhängigkeit und Förderung von Klimakrise, Umweltzerstörung, Krieg, Völkermord, Terrorismusfinanzierung sowie den Abbau von demokratischen Rechten.

Die Entwicklung des Standortes Brunsbüttel wird durch die unendliche Geschichte der Planung für das LNG-Terminal blockiert.

Die sich bereits seit vielen Jahren hinziehende Planung für ein LNG-Terminal verhindert die weitere Entwicklung des Industriestandortes Brunsbüttel. Die Nachfrage nach Flächen am Standort übersteigt das Angebot um ein Vielfaches, wie Frank Schnabel, Chef der Werkleiterrunde, bestätigte. Zudem sind auf 5 ha bestem Industriestandort lediglich 70 dauerhafte Arbeitsplätze geplant. In Schönkirchen entstehen in einem vergleichbaren Gewerbegebiet über 500 Arbeitsplätze.

Mit dem am 20.05.2022 vom Bundesrat bestätigten LNG-Beschleunigungsgesetz soll nicht nur auf eine UVP bei schwimmenden LNG-Terminals verzichtet, sondern auch die demokratischen Beteiligungsrechte massiv eingeschränkt werden. Am Beispiel des in Brunsbüttel geplanten LNG-Terminals kann man erkennen, dass die Verzögerungen beim Bau nicht an den Umweltverbänden liegen. Vielmehr wurde der am 30.06.2021 eingereichte Antrag zur Errichtung der LNG-Hafenanlage in Brunsbüttel bis heute nicht ausgelegt. Die Verzögerung liegt an der Industrie bzw. den zuständigen Behörden. Der jetzt beschlossene weitere Abbau demokratischer Rechte kann die Verzögerungen durch Industrie und Behörden nicht beseitigen, schadet aber Umwelt und

Demokratie.

Damit sich der Landtag mit einem Stopp des LNG-Terminals beschäftigen muss, benötigen wir 2000 Unterstützer unserer Petition. Bitte mitzeichnen und teilen!

<https://www.landtag.ltsh.de/oepetition/petitionsdetails?id=601>

Geplante Erdölförderung im Wattenmeer

Die Erdölförderung im Wattenmeer erhält immer mehr politische Unterstützung. Aber auch der Widerstand wächst: [https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-](https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-schutzstation-)

[umwelthilfe-schutzstation-](https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-schutzstation-)

[wattenmeer-und-wwf-fordern-keine-neuen-oelbohrungen-im-wattenmeer/](https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-schutzstation-wattenmeer-und-wwf-fordern-keine-neuen-oelbohrungen-im-wattenmeer/)

Einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet die Ölförderung der Mittelplate nicht. Sie trägt lediglich ein Prozent zum deutschen Ölverbrauch bei. Die neuen Bohrungen könnten bestenfalls zu einer Verdopplung dieser Mengen führen. Durch Energieeinsparmaßnahmen könnte dies viel einfacher substituiert werden, ohne das Weltnaturerbe Wattenmeer in seiner Existenz zu gefährden. Zudem hat die Internationale Energie Agentur in einer Studie im vergangenen Jahr hervorgehoben, dass ab 2021 keine neuen Förderprojekte begonnen werden dürfen, um das 1,5-Grad-Limit einzuhalten.

Geplante CO₂-Endlager in der Nordsee

Das Bundeswirtschaftsministerium muss in diesem Jahr das CCS-Gesetz evaluieren. Bei der Gelegenheit soll eine Strategie für das Speichern und Nutzen von CO₂ entwickelt werden – falls die hausinternen Personalkapazitäten es denn zulassen. Hilfestellung geben könnte ein runder Tisch mit Stakeholdern aus allen Teilen der Gesellschaft.

<https://www.genios.de/presse-archiv/artikel/TSP/20220520/unter-die-erde/>

[doc7l2aj8svmuq15hsbm72i.html](https://www.genios.de/presse-archiv/artikel/TSP/20220520/unter-die-erde/doc7l2aj8svmuq15hsbm72i.html)

Das von den Grünen geführte Bundeswirtschaftsministerium will das unpopuläre Thema der Nutzung und geologischen Speicherung von CO₂ (CCUS) strategisch angehen. Die Bundesregierung kündigte an, die Verpressung des CO₂ unter die Nordsee zu prüfen und stellte finanzielle Hilfe für erste Großprojekte in Aussicht.

LNG, Ölförderung (und Erdgasförderung in Niedersachsen) im Wattenmeer und CCS sind die Pfeiler, auf der unsere zukünftige Energiepolitik aufgebaut werden soll. Hingegen werden die Erneuerbaren systematisch ausgebremst. Das ist jetzt amtlich: Der deutsche Gesetzgeber hat es verpasst, die von der EU beschlossene Erneuerbare-Energien-Richtlinie in nationales Recht

umzusetzen. Deshalb hat die EU am selben Tag, an dem der Bundestag das LNG-Beschleunigungsgesetz verabschiedet hat, ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Deutlicher lässt sich der Wahnsinn der deutschen Energiepolitik nicht beschreiben.

Jahreshauptversammlung

Wir planen die Jahreshauptversammlung in Enge-Sande am 31.08.2022 um 19:00 Uhr. Bitte den Termin schon einmal vormerken.

Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Bei der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten.

Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag*) zu leisten, gut angenommen wird.

Dies gibt uns mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen. Vielen Dank dafür!

*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

Der Vorstand

Wir wünschen allen Gesundheit und einen ungebrochenen Kampfgeist für unsere gemeinsame Zukunft. Wir hoffen, dass wir uns zahlreich zu unserer Jahreshauptversammlung wieder sehen können.

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

Jetzt spenden

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

Daten ändern, oder abmelden | Online ansehen
© Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.